

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Führt Rationalisierung zur Arbeitslosigkeit?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) : Führt Rationalisierung zur Arbeitslosigkeit?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 1, pp. 4-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130843>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

jetzt gültigen Wirtschaftsverfassungen unterscheiden müssen. Die Einzelteile werden bei einer Wiedervereinigung des deutschen Wirtschaftsgebietes und bei einer Wiedererlangung der wirtschaftlichen Souveränität zu einem organischen Wirtschaftskörper zusammenwachsen müssen. Es stimmt bedenklich, wenn man bereits jetzt auf beiden Seiten die

Forderung hört, daß ihre Wirtschaftsverfassung für das Gesamtgebiet Gültigkeit erlangen müsse — ganz abgesehen davon, daß es taktisch unklug ist, es auszusprechen. Die Bildung von Teilregierungen unterstützt die Gefahr der wirtschaftlichen Isolierung und des wirtschaftlichen Separatismus. (h.)

Führt Rationalisierung zur Arbeitslosigkeit?

Die Wirtschaftsstruktur muß verändert werden

Es ist keine Frage, das deutsche Produktionsergebnis entspricht nicht dem Kräfteeinsatz und dem Arbeitspotential. D. h., daß die deutsche Wirtschaft unwirtschaftlich arbeitet. Diese Unwirtschaftlichkeit wirkt sich darin aus, daß weder der Inlandsmarkt seinen großen Bedürfnissen entsprechend mit Gebrauchsgütern, die auf einem der beschränkten Kaufkraft angemessenen Preisniveau stehen, ausreichend versorgt werden kann, noch auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig angeboten werden kann. Also Rationalisierung?

Sowohl im Produktionssektor als auch ganz besonders im Verteilungssektor besteht eine Übersetzung an Arbeitskräften. Rationalisieren verlangt also Freisetzen von Arbeitskräften. Oder mit anderen Worten: Unsere Unwirtschaftlichkeit stellt eine indirekte soziale Hilfe dar, in unserm hohen Preisniveau bezahlen wir die Unterstützung für eine verschleierte Arbeitslosigkeit. Sollen wir die Unwirtschaftlichkeit beseitigen und Arbeitslosigkeit dafür eintauschen?

Das ganze Gebäude unserer Wirtschaftseinrichtungen ist überdimensioniert, wir halten eine Wirtschaftsstruktur aufrecht, die nicht mehr den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten der Gegenwart und der nächsten Zukunft entspricht. Nur eine Rationalisierung, die Hand in Hand mit einer Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten geht, kann Arbeitslosigkeit vermeiden und Wirtschaftlichkeit wieder herstellen. An welche Wirtschaftszweige

kann der industriell-kommerzielle Sektor seinen Arbeitskraftüberschuß abgeben? Vielleicht bietet die Intensivierung des feldgärtnerischen Anbaues dafür Möglichkeiten. Sie würde die Ernährungsbasis unserer raumbeengten Volkswirtschaft verbreitern. Sie würde ermöglichen, die Einfuhr von Lebensmitteln zugunsten einer dringend notwendigen Rohstoffeinfuhr zu vermindern. Vielleicht bietet aber auch der Ausbau arbeitsintensiver Spezialgewerbe für den Export dafür Möglichkeiten. Denn unsere Exportförderung wird sich auf diese stützen müssen. Unsere kapitalintensiven Industrien werden langhin nicht mit denen des Auslandes konkurrieren können. Und wenn sie es könnten, würden wir uns nur zu leicht dem Vorwurf des Dumpings aussetzen. Die Chance des Exports liegt für uns mehr im Aufspüren von Lücken als in der Konkurrenzfähigkeit.

Um die großen Bedürfnisse unserer Bevölkerung zu einem Bedarf auf dem Inlandsmarkt werden zu lassen, müssen unsere Gebrauchsgüterindustrien auf rationellste Weise standardisierte Massengüter zu niedrigsten Preisen herstellen. Wir treiben jetzt Verschwendung, und wir schaffen dadurch soziale Kluften. (h.)

Arbeitswissenschaftliche Methoden und Preissenkung

Zu diesem Gespräch sandte der Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, Prof. Dr. Ludwig Preller, Kiel, uns folgende Stellungnahme:

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Wirtschaft betriebswirtschaftlich sehr viel nachholen muß, da ihre Abschließung und Gänge-

lung durch die Nationalsozialisten ihre Kenntnis der ausländischen Fertigungsmethoden stark unterbunden haben. Wenn die Industrie in einen echten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt eintreten muß, wird sie den betriebswirtschaftlichen Vorsprung, insbesondere der amerikanischen Betriebe, zu spüren bekommen. Hierbei handelt es sich nicht allein um rationelle Produktionsmethoden in maschineller und mechanischer Hinsicht, sondern insbesondere auch um Anwendung arbeitswissenschaftlicher Methoden, wie sie insbesondere auch in Deutschland früher erarbeitet worden sind und jetzt im Ausland und vor allem in USA sehr stark zur Anwendung kommen. Werden diese Methoden einwandfrei verwertet, so ist eine Leistungssteigerung ohne Mehrbeanspruchung der Arbeitskraft, ja, unter Schonung der Arbeitskraft, möglich. Um dies zu erreichen, müssen allerdings auch die Arbeitnehmer selbst, vor allem durch ihre Gewerkschaften, an der Durchführung dieser Methoden beteiligt werden.

Der deutsche Inlandsmarkt bietet das Absatzvolumen für eine durch Rationalisierung gesteigerte Produktion, sofern die Rationalisierung im Sinne einer Preissenkung, d. h. einer Mengenerzeugung angewendet wird, also anders als während der deutschen Rationalisierung von 1925 bis 1928. Eine Freisetzung von Arbeitskräften durch Maßnahmen der Rationalisierung braucht dann nicht gefürchtet zu werden, wenn sie in der erwähnten Weise mit billiger Massenfertigung verbunden wird. Dagegen kann man annehmen, daß in späterer Zeit gerade durch die Rationalisierung eine kürzere Arbeitszeit bei durchaus ausreichenden Löhnen in Betracht gezogen werden kann, wie dies in USA schon heute der Fall ist. Es ist m. E. nicht erforderlich, daß allein die Exportindustrie rationalisiert wird, sondern das gleiche Problem besteht auch für das für den Binnenmarkt arbeitende Gewerbe, da auch der Binnenmarkt, und gerade dieser, darauf angewiesen ist, billige, aber qualitätsmäßig hochstehende Güter zu erhalten.

Konkurrenzfähigkeit verhütet Differenzkalkulation

Exportnahe Kreise fordern eine Rationalisierung der Exportindustrie. Unzweifelhaft könnte durch eine sinnvolle Rationalisierung d. h. durch Einzelmaßnahmen zur Verbesserung innerbetrieblicher Verhältnisse, eine merkliche Erhöhung des Exports erzielt werden. Die häufig ausgesprochene Befürchtung, jede Rationalisierung führe zu einer Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt, kann für unsere Verhältnisse nicht bejaht werden. Rationalisierung heißt nicht Freisetzung von Arbeitskräften, sondern gerade ihren sinnvollen Einsatz und damit Überwindung der Arbeitslosigkeit. Echte, mit Bedacht durchgeführte Rationalisierung bezweckt in der Erhöhung und Qualifizierung der Produktionsmenge bei niedrigeren Kosten die Herbeiführung eines erhöhten Bedarfs an Produktionsmitteln und Konsumgütern, wodurch sich eine vermehrte und verbesserte Arbeitsmöglichkeit ergibt. Eine Festigung und Ausdehnung der deutschen Wirtschaft in Anlehnung an die Auslandsmärkte schafft gleichzeitig neue Arbeitsgelegenheiten für alle in ihrem Fach Tüchtigen.

Steigerung der Kapazität und weitmöglichste Senkung der Kosten in der Exportindustrie bedeuten Konkurrenzfähigkeit ohne die Produktion für den heimischen Bedarf zu belasten. Bei Leistungsgleichheit mit dem Ausland wird ein Dumping vermieden. Ohne Rationalisierung würde die Gefahr heraufbeschworen, daß die Exportindustrie zwangsweise zu den alten Methoden der Differenzkalkulation greifen würde. Es wird erst durch die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft mit dem dann erfolgreichen Anwachsen des Sozialprodukts sich Preis und Realeinkommen ausgleichen. Die Wirtschaft wird sich im allgemeinen auf die Befriedigung des Exports ausrichten müssen, da ohne genügend großen Export unsere Lebenshaltung noch weiter absinken müßte.

Auch in der Landwirtschaft ist eine Rationalisierung aus sozialen

Gründen notwendig, denn sie arbeitet noch mit progressiven Kosten und ist von einer starken Auslandskonkurrenz bedroht. Sie vermag nur niedrigste Arbeitslöhne zu zahlen, die zu einer

deutlichen Landflucht führten. Die Landwirtschaft kann nicht arbeitsintensiver werden, sie wird in ihrem schweren Kampf gegen ihre Konkurrenz arbeitsparende Methoden einführen müssen. (r. s.)

Berlin – Paris – Champagner

Einschaler Geschmack wird übrigbleiben, wenn die Schaumperlen des Champagners zerplatzt sind. Ist es nicht ein unverständlicher Illusionismus, die Lösung unserer wirtschaftlichen Nöte von zwei Glas Champagner zu erwarten? Glauben wir wirklich, daß sie auf unser Wohl geleert worden sind? Wollen wir uns nicht einmal von diesem Illusionismus befreien? Die Reportagen, öffentliche Reden und Hymnen, die wir Deutsche bei solchen Anlässen von uns zu geben pflegen, erwecken den Anschein, als hätten wir Siege zu feiern. Wir haben schon zu oft Siege gefeiert, die Niederlagen geworden sind. *Noch ist der Jubel um Berlin kaum verklungen und die Enttäuschung noch nicht bewußt geworden, so suchen wir bereits eine neue Illusion: Champagnerblasen.* Welchen peinlichen Eindruck wir damit auslösen, kennzeichnet eine Stelle aus dem Brief eines bekannten südamerikanischen Wirtschaftspolitikers:

„Der Jubel um Berlin kommt uns hier so vor wie der Jubel um die Einbringung des Trojanischen Pferdes.“

Da wir in der großen Politik nicht mitzureden haben, sollten wir auch keine verwirrenden Spekulationen aufstellen. Wir gefährden durch eine zu laute politische Stellungnahme nur einen möglichen wirtschaftlichen Erfolg. Und die wirtschaftlichen Nöte sind es, die uns auf den Nähten brennen. *Über Parteigezänk und Interessenpolitik hinweg müssen wir nach einer wirtschaftlichen Einheit unseres Wirtschaftsgebietes streben*, die für uns eine Selbstverständlichkeit sein muß und der alle politischen Prestigefragen, östliche und westliche, untergeordnet werden sollten. Der Weg über den Bonner Verfassungskstreit, über Berlin und Paris scheint mir nicht der kürzeste. Beim Handel in Paris sind wir nicht die Handelnden, und dieser Handel ist noch nicht zu Ende. (sk.)

Atlantikpakt und Welthandel

Wirtschaftlich wird sich der Atlantikpakt auswirken

1. direkt: auf Durchführung und Auswirkung des Marshallplans;
2. indirekt: auf das Verhalten des Ostblocks.

Zu 1. Nach den Vorschlägen Präsident Trumans sollen die USA im Haushaltsjahr 1949/50 ausgeben:

- a) etwa 14,3 (Vorjahr 11,7) Milliarden \$ für die eigene Rüstung;
- b) etwa 6,2 (Vorjahr 6,7) Milliarden \$ für Europahilfe usw.;
- c) eine noch ungenannte Summe (1,2 bis 1,8 Milliarden \$?) für militärische Pachtleihhilfe unter dem Atlantikpakt.

Zur Deckung der Mehrausgaben für die Rüstung fordert Truman Steuererhöhungen um 4 Milliarden \$. Die Ausgaben- und Steuererhöhungen werden aus wirt-

schaftlichen Gründen im Kongreß und im Schoß der Regierung (Nourse) bekämpft. Es wird gefordert, die Pachtleihhilfe aus Abstrichen an Marshallplan und heimischer Rüstung zu finanzieren. Geht Trumans Programm trotz dieses Widerstandes durch, so führt es zu erhöhtem Absatz von Waffen. Da zur Zeit in den USA die Investitions-, aber noch nicht die Profit- und Sparrate sinken, würde hierdurch der Absatz dauerhafter Güter, mithin die Konjunktur gestützt. Nourse und die Opposition hoffen dagegen, die Konjunktur durch finanzielle Entlastung zu stützen, was sehr viel ungewisser erscheint.

In Marshallplan-Europa soll der Atlantikpakt das Vertrauen stärken und dadurch zum Gelingen des Marshallplans beitragen. Bei Fortdauer der gegenwärtigen